



Innenminister Schlie: Personalstrukturkonzept hat Vorrang!

Lübeck/tgr – Einen Besuch der Jahreshauptversammlung der GdP-Regionalgruppe Lübeck-Ostholstein nutzte Innenminister Klaus Schlie, um öffentlich zu einer Fülle aktueller Themen in der Landespolizei Stellung zu beziehen. In seinem umfassenden Referat warb der Innenminister um Verständnis für die im Zusammenhang mit der unausweichlichen Konsolidierung des Landeshaushalts auch bei der Landespolizei notwendigen Sparmaßnahmen, verwies gleichzeitig aber auf positive Signale für die Polizeibeschäftigten im nördlichsten deutschen Bundesland.

Schmerzvolle Einschnitte

Auch wenn die Polizei bis zum Jahr 2015 von Stellenstreichungen ausgenommen sei und stattdessen mögliche Umsteuerungspotenziale aus einzelnen Aufgabenfeldern in den operativen Dienst umzuleiten habe, gebe es dennoch auch schmerzhaftes Einschnitte. Hierzu zählte Schlie unter anderem die stufenweise Anhebung der besonderen Altersgrenze auf 62, die Streichung der Ausgleichszulage ab 2013 sowie die Erhöhung des Selbstbehaltes bei der Beihilfe. Bewusst hob der Innenminister positiv hervor, dass im Gegenzug eine erste und durchfinanzierte Konzeption eines Beförderungs- und Strukturkonzeptes festgeschrieben worden sei. „Mit Blick auf die schwierige Finanzsituation des Landes und die überwiegend tiefen Einschnitte in anderen Ressorts bin ich mit diesem Ergebnis der äußerst schwierigen Verhandlungen mehr als zufrieden“, so Schlie.

Handlungsoptionen: Umsetzungskonzept ist in Arbeit

In der Frage der Handlungsoptionen zu den Kernaufgaben sei über das „Ob“ bereits entschieden und für das „Wie“ ein Umsetzungskonzept in Arbeit. Am Ende könne die Notwendigkeit politischer Entscheidungen stehen. „Ich bin dazu bereit, da ich auch eine gewisse Symmetrie im Verzicht von Aufgabenfeldern mit dem Ziel der Umsteuerung von Personal erwarte“, erklärte der Innenminister. Er könne



nicht auf der einen Seite Prävention und beliebte Bürgerveranstaltungen reduzieren oder sogar abschaffen und auf der anderen Seite interne Leistungen wie Qualitätsmanagement unangetastet lassen, warb Schlie um Verständnis. Ihm sei die schmerzhaftes Zäsur in dem einen oder anderen Arbeitsfeld durchaus bewusst. Ziel gemeinsamer Anstrengungen sei die Belastungsminimierung der Polizistinnen und Polizisten im operativen Einsatz- und Ermittlungsdienst. Priorität räumte der Innenminister auch der Präventionsarbeit in Schulen und Kindergärten ein. Deshalb habe er der Handpuppenbühne eine Bestandsgarantie gegeben. Und auch die Verkehrspräventionsarbeit im Grundschulbereich würde fortgesetzt. Dagegen würden die Sympathiefiguren „Leo und Locki“ in der gegenwärtigen Form eingestellt. Damit habe die Prävention ihren Beitrag zu den Handlungsoptionen abschließend geleistet, so der Innenminister.

Kein Landespolizeipräsidium

Zur Organisation der Landespolizei verwies Klaus Schlie auf die Aussagen des Koalitionsvertrages. Folglich seien Reformen ausgeschlossen, punktuelle Änderungen, beispielsweise zur Verringerung der Führungsspanne, im Sinne der neuen Organisationsleitlinien möglich. Einer „Wiederbelebung des Projektes Polizei 2012“ erteilte der oberste Dienstherr der Polizei eine klare Absage. Dieses Projekt mit ei-

ner funktionalen Ausrichtung der Landespolizei in Form eines „3-Säulen-Modells“ hätte zu keinerlei Präsenz- oder Personalgewinnen geführt, dafür aber das Ende aller Dienststellen unter drei Mitarbeitern bedeutet. Einer solchen Entscheidung wäre im ländlichen Raum im Bereich der PD Ratzeburg fast die Hälfte aller Dienststellen zum Opfer gefallen. „Eine landesweite funktionale Ausrichtung der Landespolizei wird es nicht geben. Und definitiv wird es mit mir auch keine Einrichtung eines Landespolizeipräsidiums geben“, erklärte der Innenminister demonstrativ. Weiter schloss der Minister auch eine flächendeckende Auflösung von kleinen und mittleren Polizeidienststellen aus. Lediglich im Rahmen der Organisationsleitlinien seien gewisse Gestaltungs- und Veränderungsmöglichkeiten mit dem Ziel der Reduzierung der Führungsspanne und damit verbundenen Personalgewinnen zugelassen. Auf der Grundlage der Organisationsleitlinien würden verschiedene Überlegungen wie die Zusammenführung von Verkehrsdienststellen oder Ermittlungsdiensten realisiert werden können. Während es bei den mittleren und großen Dienststellen lediglich „zu einem Austausch von Türschildern“ käme, hätten bei der beabsichtigten Schließung kleiner Polizeistationen weiterhin die Leitlinien Bestand. Sollte mit der organisatorischen Entscheidung der Verlust von Funktionsstellen einhergehen, müsse jedoch alles personalwirtschaftlich Mögliche unternommen werden, um die Perspektiven – insbesondere für den operativen Dienst in der jeweiligen Region – zu erhalten und gegebenenfalls auszubauen, betonte der CDU-Politiker.

Einen Schlussstrich zog der Innenminister unter die Diskussion über die unterschiedlichen Entwicklungen bei der Schutz- und Kriminalpolizei. „Hier werde ich nichts rückgängig machen!“ Es werde weiterhin das Angebot geben, als Angehöriger der Schutzpolizei Tätigkeiten im Bereich der Kriminalpolizei wahrzunehmen, beispielsweise im Ermittlungsbereich. Dies erfolge jedoch weiterhin nach den

Fortsetzung auf Seite 3



PERSONALRATSWAHLEN

Personalräte: GdP auch in der Fläche erfolgreich

Kiel/tg – Nicht nur bei der Wahl zum Hauptpersonalrat der Polizei gelang der Gewerkschaft der Polizei ein Erfolg (das DP-Landesjournal berichtete in der Juni-Ausgabe). Auch bei zehn von elf Örtlichen Personalratswahlen, die in der schleswig-holsteinischen Landespolizei gleichzeitig abgehalten wurden, behielt die GdP die Oberhand. Nachfolgend sind die Kandidatinnen und Kandidaten aufgezählt, die sich in den jeweiligen Bereichen durchsetzen konnten und damit die

GdP-Dominanz vor Augen führen. Gleichzeitig bedankt sich die GdP bei al-

len Wahlvorständen für die geleistete, erfolgreiche Arbeit!

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss der
Ausgabe 8/2011:
Donnerstag, 7. Juli 2011



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Schleswig-Holstein**

Geschäftsstelle:

Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
Telefax (04 31) 1 70 92

Redaktion:

Verantwortlicher Redakteur:
Thomas Gründemann
Geschäftsführender Landesvorstand
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel
Telefon (04 31) 1 70 91
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GmbH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32
vom 1. April 2009

Anzeigen-Repräsentant:

Walter Grote
Odenwaldstraße 14, 20255 Hamburg
Telefon (0 40) 40 94 34

Namentlich gekennzeichnete Beiträge
stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6497

PD AFB Eutin:

Jens Puschmann (Vorsitzender)
Axel Dunst (stellvertr. Vorsitzender/Beamtengruppensprecher)
Heinz Möllers
(Gruppensprecher Tarif)
Andrea Weiland
Jürgen Steiner
Jürgen Herdes
Arnd Nätbke

PD Bad Segeberg:

Reimer Kahlke (Vorsitzender)
Imke Kalus (stellv. Vorsitzende)
Sandra Rüder
(Beamtensprecherin)
Norbert Patzker

PD Flensburg:

Volker Boldt (Vorsitzender)
Michael Carstensen
(stellvertretender Vorsitzender)
Frank Hackbarth
(Gruppensprecher Beschäftigte)
Corinna Wolf
(Gruppe Beamte/Beamtinnen)
Heinz-Peter Hasche
Martin Garschke

Polizeidirektion Husum:

Bernd Carstensen (Vorsitzender)
Sven Hansen
(stellvertretender Vorsitzender)
Michael Nickel
(stellvertretender Vorsitzender)
Margrit Fuhge (Tarifsprecherin)
Thomas Konietzko

PD Itzehoe:

Wilfried Rutschmann (Vorsitzender)
Bernd Dieg (stellv. Vorsitzender)
Peter Berndt (Beamtensprecher)
Hans-Jürgen Egge
(Gruppensprecher Beschäftigte)

PD Kiel:

Ludger Mers (Vorsitzender)
Karl-Hermann Bruhn
(stellv. Vorsitzender)
Dieter Klindt
(Gruppensprecher Beamte)

Christel Gähje
(Gruppensprecherin Tarif)
Michael Tietgen
Dirk Hubert
Dieter Klindt

ÖPR Lübeck:

Bernd Evers (Vorsitzender)
Thomas Rathje (stellvertr. Vorsitzender/Gruppensprecher Beamte)
Andreas Sankewitz
(stellvertretender Vorsitzender)
Ursula Vogt-Dürkop
(Gruppensprecherin Tarif)
Thomas Gründemann
Rainer Quandt
Jörn Löwenstrom

LPA:

Uwe Weißler (Vorsitzender)
Dirk Tschöke (stellvertr. Vorsitzender/Beamtengruppensprecher)
Norina Gloy-Leinweber
(Gruppensprecherin Tarif)
Martin Samman (Tarif)
Andreas Kropius
Bernd Poschkamp
Joachim Schiewer

PD Neumünster:

Torsten Jäger (Vorsitzender)
Carsten Gross
(1. stellv. Vorsitzender)
Daniela Westphal
(2. stellv. Vorsitzende)
Bernd Lück
(Beamtengruppensprecher)
Martina Wolk (Tarifsprecherin)
Werner Thode
Reinhold Kock

Polizeidirektion Ratzeburg:

Horst Reichardt (Vorsitzender)
Frank Schümann
(stellvertretender Vorsitzender)
Dirk Pohlmeier
(stellvertretender Vorsitzender)
Ulla Seidenberg (Tarifsprecherin)
Jens Jensen
Marco Witt
Martina Pauli



LANDESPOLIZEI

Fortsetzung von Seite 1

Regeln der unterschiedlichen Personalbewirtschaftung und unterschiedlichen Stellenplänen der Schutz- und Kriminalpolizei. „Dies gilt ausdrücklich auch für den mittleren Dienst“, so der Innenminister. Es werde jedoch keine Ermittlungsarbeit erster oder zweiter Klasse geben.

Die Unterschiede in der Perspektiventwicklung und der tatsächlichen Bezahlung seien ihm durchaus bewusst. Diese seien jedoch den finanziell schwierigen Rahmenbedingungen des Landes geschuldet.

Personalverteilungskriterien für Schutz- und Kriminalpolizei

Im Zusammenhang mit einer modifizierten Personalbemessung verwies Klaus Schlie darauf, dass hierzu eine sogenannte „Arbeitsgruppe Stellenverteilung“ eingerichtet worden sei. In dieser Arbeitsgruppe würden bis zum Sommer Kriterien für eine belastungsorientierte Stellenverteilung sowohl für die Schutz- als auch die Kriminalpolizei entwickelt, und zwar anhand belastbarer Daten. Schlie machte jedoch noch einmal deutlich, dass es dabei um die Verteilung des vorhandenen Personals gehe. „Deshalb werden auch Verteilungsdiskussionen zwischen den Direktionen zu erwarten sein“, zeigte sich der Innenminister realistisch.

Personalstrukturkonzept trotz schwieriger Rahmenbedingungen

In seinen weiteren Ausführungen ging Klaus Schlie auch auf ein wiederholt von der GdP eingefordertes Personalstrukturkonzept ein. Im Wissen, dass die schleswig-holsteinische Landespolizei in den Beförderungsperspektiven des mittleren und gehobenen Dienstes im bundesweiten Vergleich Nachholbedarf habe und den Beschäftigten mit erfolgten oder bevorstehenden Kürzungen viel zugemutet werde, komme für ihn einem langfristigen und verlässlichen Personalstrukturkonzept eine besondere politische Bedeutung bei. „Ich bin stolz darauf, dass es nach langen zähen Verhandlungen und trotz der schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen gelungen ist, die Fortsetzung des Personalstrukturkonzeptes für die Jahre 2011 und 2012 zu verankern und in der Finanzplanung der Jahre 2013 und 2014 festzuschreiben. Konkret sehe das Beförderungs- und Strukturkonzept so aus, dass in diesem Jahr 50 Hebungen und zusätzlich circa 160 Beförderungen mit einem Finanzvolumen in Höhe von 715000 Euro

eingestellt worden seien. Im Ergebnis bedeute dies 635 Beförderungen sowie 49 Ernennungen zum Polizei- beziehungsweise Kriminalkommissar in Altenholz. Und für 2012 seien weitere 90 Hebungen und damit zusätzlich rund 290 Beförderungen in einem Gesamtvolumen in Höhe von zwei Millionen Euro geplant, berichtete Schlie.

Ein besonderes Augenmerk werde auch bei den Beförderungsplanungen 2012 auf die Beförderungsränge zu A9 beziehungsweise A9 mit Amtszulage bis A11 gelegt, die sich im großen Maße auf die Arbeitsfelder im operativen Dienst beziehen würden, ergänzte der Innenminister.

Tarifentwicklungskonzept wird entwickelt

„Für den Tarifbereich in der Polizei werden wir uns nach Kräften bemühen, ein Tarifentwicklungskonzept zu entwickeln, nachdem auch vom Hauptpersonalrat der Polizei entsprechende Forderungen erhoben worden sind.“

Besondere Altersgrenze außer Frage

Und auch zur Anhebung der besonderen Altersgrenze nahm der Minister Stellung. Auch wenn es im Koalitionsvertrag keinen Hinweis gegeben habe, stehe für ihn außer Frage, dass es nach wie vor für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten eine besondere Altersgrenze geben müsse! Durch die Haushaltszwänge und die damit verbundenen Diskussionen in der Haushaltsstrukturkommission stehe nun die stufenweise Erhöhung der Lebensarbeitszeit auf 62 im Haushaltsbegleitgesetz 2011/2012. Der vergleichende Blick auf die Regelungen in anderen Bundesländern zeige ein sehr homogenes Bild mit Tendenz zur Erhöhung in weiteren Ländern. Insbesondere auch die von der GdP geforderte Prüfung der Berücksichtigung „besonders belastender Dienste“ sei intensiv erfolgt. Jedoch verfüge die Landespolizei nicht über entsprechende (rechtssichere) Erfassungsmöglichkeiten. Zudem zeigten die Erfahrungen aus anderen Bundesländern, dass Differenzierungsversuche regelmäßig zu Klagen Nichtberücksichtigter geführt hätten.

Angemessene Unterbringung hat Priorität

Und auch auf die Diskussionen um die Situation der Dienstgebäude ging der Innenminister ein.

„Die Besuche beim 1. Polizeirevier in Lübeck und in Neumünster haben mir

die zwingende Notwendigkeit eines politischen Spitzengesprächs über das ‚Liegenschafts- und Bewirtschaftungssystem‘ mit der GMSH verdeutlicht“, berichtete Schlie. Vor allem Dienststellen im 24-Stunden-Betrieb und regen Bürgerkontakt hätten in der Frage der angemessenen Unterbringung oberste Priorität. Ein „Liegenschafts- und Bewirtschaftungssystem“ dürfe nicht dazu führen, dass Polizeibeschäftigte über einen längeren Zeitraum in unzumutbarer Art und Weise in mangelbehafteten Räumen untergebracht seien, unterstrich er. „Entsprechende klärende Gespräche sind von meiner Seite bereits geführt worden!“ Für das 1. PR Neumünster liefen die Sanierungsarbeiten; dennoch erwarte er aufgrund der immer wiederkehrenden Baumängel im Gebäude Parkstraße eine Langzeitnutzungsprognose für diesen Gebäudekomplex durch die GMSH oder externe Gutachter. Für das 1. PR Lübeck gebe es eine Prüfung über die Nutzung anderer Gebäude, um wenigstens den Wach- und Wechseldienst des Reviers noch in diesem Jahr zur Sanierung des Haupthauses Mengstraße vorübergehend in anderen Gebäudeteilen unterzubringen. Darüber hinaus sei ein politisches Spitzengespräch zwischen Staatskanzlei, Finanz- und Innenministerium anberaumt worden, um die finanziellen Grundlagen für die frühzeitige Sanierung des Haupthauses Mengstraße zu sichern.

Die GdP-Forderung nach der sogenannten „Beweislastumkehr bei Dienstunfällen“ sei emotional verständlich, tatsächlich allerdings nicht möglich. Für die geringe Anzahl strittiger Fälle im Dienstunfallbereich bestehe immer die Notwendigkeit medizinischer Gutachten. Diese seien dann die entscheidende Grundlage für die eine oder andere Feststellung. Im Zuge der Einzelfallentscheidungen dürfe es allerdings nicht zu „kriegerischen Gutachten-Auseinandersetzungen“ kommen, in der das „Gewinnen oder Verlieren“ wichtiger würde als die Lösung des eigentlichen Sachverhaltes, so Schlie.

Regionalleitstellen sind Herausforderung

Die vier Regionalleitstellen seien eine große technische Herausforderung, so der Innenminister weiter. Dabei erinnerte er daran, dass diese eigentlich auf Digitalfunkbetrieb abgestellt seien und nun noch mit dem störanfälligen Analogfunk betrieben werden müssten. „Ein rei-

Fortsetzung auf Seite 4



Gewählte GdP-Vertreter in den Personalräten

Am 17. Mai 2011 fanden die Personalratswahlen für den Bereich des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein (MJGI) sowie parallel auch für die Personalräte in den Vollzugsanstalten des Landes statt.

Die GdP-Regionalgruppe Justizvollzug konnte dabei durch ihren Vorsitzenden Thorsten Schwarzstock aus der JVA Kiel mit insgesamt 16,04% (-0,63%) aller Wählerstimmen erneut einen Sitz im Hauptpersonalrat beim MJGI erreichen.

Aber auch in den örtlichen Personalräten konnten seitens der GdP weitere großartige Erfolge verzeichnet werden. In den Justizvollzugsanstalten Lübeck, Neumünster, Kiel und Flensburg sowie der Jugendanstalt Schleswig trat die GdP zu den Personalratswahlen an und konnte bis auf Schleswig und Flensburg in den anderen Anstalten jeweils die absolute Mehrheit der Sitze im örtlichen Personalrat erringen. Leider findet sich das Engagement der GdP für den Erhalt der JVA Flensburg in dem dortigen Wahlergebnis nicht wieder. Insgesamt betrachtet ist es jedoch ein großartiger Erfolg für die in der Gewerkschaft der Polizei organisierten Kolleginnen und Kollegen aus dem Justizvollzug.

Die GdP dankt ihren Wählerinnen und Wählern!
Die gewählten Kolleginnen und Kollegen in der Übersicht:

Hauptpersonalrat beim MJAE

Schwarzstock, Thorsten (GdP),
2. stv. Vors./Gr.-Spr. Justiz

JVA Lübeck

Mildt, Martin (GdP), Gruppe Beschäftigte, 1. Vorsitzender
Bahr, Martina (GdP), Gruppe Beamte, 2. Vorsitzende
Haase, Tanja (GdP), Gruppe Beamte

JVA Neumünster

Krützfeld, Michael (GdP), Gr. Beamte, 2. Vorsitzender
Küchmeister, Stefan (GdP), Beamten-Gr.-Sprecher
Schwarzstock, Jana (GdP), Beschäftigtensprecherin

JVA Kiel

Dr. Spieß, Reinhard (GdP), Gr. Beamte, 1. Vorsitzender
Schwarzstock, Thorsten (GdP), Gr. Beamte, 2. Vorsitzender
Kiesche, Jörn (GdP), Gruppe Beamte, Protokollführer

JVA Flensburg

Lau, Matthias (GdP), Gruppe Beamte

Wir gratulieren zum/zur

erfolgreichen Abschluss des Qualifizierungslehrganges 2 an der FHVD Altenholz

Synje Schreiber, RG Kiel-Plön

40-jährigen Dienstjubiläum

Harald Wulf, RG Schleswig-Holstein Mitte

Vermählung

Stefanie Käding geb. Havemann und Ehemann, RG Lauenburg-Stormarn; Daniel Lorenz und Ehefrau, RG Segeberg; Marko Voß und Ehefrau, RG Steinburg-Dithmarschen

In den Ruhestand traten

Michael Freytag, Klaus Jakobeit, RG Kiel-Plön; Horst Reimann, RG Lauenburg-Stormarn; Jens Schröder, Jörg Zander, RG Lübeck-Ostholstein; Hans-Christian Autzen, RG Nordfriesland; Werner Delfs, Ingrid Wood, RG Schleswig-Flensburg; Klauspeter Damerau, RG Steinburg-Dithmarschen

Wir bitten alle Kolleginnen und Kollegen um Verständnis, dass wir nur diejenigen namentlich erwähnen konnten, die uns vor Redaktionsschluss von ihrer Regionalgruppe genannt wurden.

REGIONALGRUPPENTERMIN

Einladung!

Schleswig-Holstein Mitte

Der *Jungsenioren-Stammtisch* trifft sich am **Donnerstag, 4. August 2011, 17.00 Uhr**, im Biergarten der Gaststätte „*Weberhaus*“, Neumünster, Schleusberg 30, zum Grillen (Eigenanteil: 12,00 Euro) und zu netten Gesprächen.

Aus organisatorischen Gründen wird um Anmeldung bis zum 29. Juli 2011 bei Torsten Jäger (0 43 21-9 45 20 05), Bernhard Bock (0 43 21-7 47 52) oder Falk Dennhardt (0 43 92-15 68) gebeten.

Fortsetzung von Seite 3

bungsloser Betrieb sieht anders aus, da gibt es aus meiner Sicht nichts zu beschönigen! Der Echtbetrieb der Regionalleitstellen, auch in Elmshorn, muss stabilisiert und optimiert werden“, meinte Klaus Schlie. Der Innenminister sprach sich dafür aus, die Mängellisten zu synchronisieren und Probleme Stück für Stück gemeinsam – Land und Kommunen – abzarbeiten! Gegenseitige Schuldzuweisungen würden nicht weiterhelfen. Land, Kommunen und die eingebundenen Firmen hätten gleichermaßen

eine besondere Problembeseitigungspflicht. Und bei der personellen Ausstattung der Regionalleitstellen müsse zum Schutz der dort arbeitenden Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen „nachgesteuert“ werden, um die überschrittenen Belastungsgrenzen zu minimieren. „Hier erwarte ich dann auch Klarheit und Wahrheit über die zukünftig notwendigen Personalstärken, ein ‚Schönrechnen‘ hilft uns nicht weiter“, stellte der Minister klar. Gleiches gilt für die zwingende Einhaltung der arbeits- und gesundheitsrechtlichen Schutzvorschriften für das Betriebspersonal! Hinsichtlich der anhal-

tenden Kritik an der Leistungsfähigkeit der GMSH – zuletzt bei den auftretenden Mängeln in den Klimaanlage (Luftfeuchtigkeit, Luftströme ...) und Gebäuden – habe es Gespräche zwischen dem Abteilungsleiter Polizei und dem Leiter GMSH gegeben. „Dennoch werde ich ein Spitzengespräch zwischen dem Finanzminister, dem Leiter der GMSH und meiner Person terminieren, um das vorhandene Liegenschafts- und Bewirtschaftungssystem mit der GMSH einer konstruktiv-kritischen Aufbau- und Ablaufprüfung zu unterziehen“, versprach der CDU-Politiker.



ARBEITS- UND GESUNDHEITSSCHUTZ IN DER LANDESPOLIZEI

Asbest, Schimmel und Kolibakterien auf Polizeidienststellen

Während einer großen Dienstversammlung der Polizeidirektion Neumünster waren immer noch die leeren Blicke, Angst und Unsicherheit bei vielen der betroffenen Kolleginnen und Kollegen des Polizei-Bezirksrevieres in Rendsburg zu spüren – Asbestalarm! Die Dienststelle im obersten Stockwerk des Verwaltungsbauwerks (Foto unten) in der Werft Nobiskrug musste am Tag zuvor Hals über Kopf geräumt werden. Auch an diesem Tag wurden die Kolleginnen und Kollegen aufgefordert, die Dienstversammlung zu verlassen, um weitere notwendige Dinge zu regeln (was ist mit der Uniform, wichtigen Strafakten usw.).

Nach Handwerkerarbeiten an den Konvektorenheizkörpern wurden Asbestmatten gefunden, initiierte Raumluftmessungen ergaben deutliche Überschreitungen der Grenzwerte. Es muss davon ausgegangen werden, dass es bereits seit 1988 eine erhebliche Asbestbelastung in den Räumlichkeiten gegeben hat, vermutlich sind mehr als 200 Kolleginnen und Kollegen im Laufe der Jahre betroffen.

Die Polizeidirektion Neumünster reagierte richtig und schnell, die Dienststelle wurde geräumt, die Kolleginnen und Kollegen wurden in den Dienstgebäude Moltkestraße in den alten Räumlichkeiten der Einsatzleitstelle Lotse notdürftig unterge-



bracht. Es wurde eine Informationssammelstelle eingerichtet, unter großen Schwierigkeiten eine Liste möglicher Betroffener erstellt und Informationsschreiben versandt (auch an die Pensionäre). Betriebsmedizinische Untersuchungen wurden und werden jedem angeboten.

Die GdP-Regionalgruppe SH Mitte entschloss sich zu einer offensiven und auch kritischen Öffentlichkeitsarbeit.

Hier spielte auch eine Kolibakterienverunreinigung des schwimmenden Estrichs beim 1. Polizeirevier Neumünster (Foto mittlere Spalte oben) eine wesentli-



che Rolle. Nachdem in den Jahren 2006/2007 Wassereinbrüche, Schimmelpilzbelastungen und spontan notwendige Evakuierungen der Kollegenschaft festzustellen waren, in den Folgejahren immer wieder Probleme mit Durchfeuchtungen auftraten, barst im Herbst letzten Jahres eine Abwasserleitung. Das Erdgeschoss stand mal wieder unter Wasser, allerdings unter Fäkalwasser. Gutachter stritten sich um die Gefahr bzw. die Wahrscheinlichkeit eines Austrittes von gesundheitsschädlichen Gasen in die Raumluft, und das seit Monaten. Nachfragen des Personalrates brachten immer nur die Antwort, dass noch keine Sanierungsentscheidung gefallen sei.

Arbeits- und Gesundheitsschutz sind elementar wichtige Grundvoraussetzung des Fürsorge- und Treueverhältnisses zum Dienstherrn, versorgungsrechtliche Lücken haben in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, dass erkrankte Kolleginnen oder Kollegen (oder deren Hinterbliebene) nicht durch die Anerkennung eines Dienstunfalles oder einer Berufskrankheit abgesichert waren. Auch in einem jetzt zur gewerkschaftlichen Stellungnahme vorgelegten Entwurf zum Landesbesoldungs- und Versorgungsgesetz (nach der Föderalismusreform ist das Land Schleswig-Holstein zuständig) ist eine verbesserte versorgungsrechtliche Absicherung durch die Regierungskoalition nicht geplant.

Es wurde umfänglich in der Presse reagiert und berichtet, der NDR brachte einen kurzen Rundfunkbeitrag zur Situation.

Am 28. März besuchte der Innenminister Klaus Schlie das 1. Polizeirevier Neumünster und informierte sich über die Sorgen und Nöte der Kolleginnen und Kollegen, auch er attestierte die desolaten Zustände und versprach, alles Mögliche zu unternehmen, um die Situation in Neumünster und Rendsburg sowie auf anderen Dienststellen im Lande zu verbessern.

Die Renovierungsarbeiten beim 1. Polizeirevier Neumünster haben begonnen, das gesamte Revier durfte auf ausdrücklichen Wunsch für die Zeit der Arbeiten ausziehen. Das 1. Polizeirevier Neumünster versieht in dieser Zeit seinen Dienst aus dem sog. Gebäude E auf dem Gelände der Polizeidirektion Neumünster, weil die PDAFB Eutin dankenswerterweise bereit war, temporär auf die Räumlichkeiten komplett zu verzichten! Dienstliches und personalrätliches Zusammenwirken funktionierten hier gut! Die Gesichter der Kolleginnen und Kollegen am ersten Tag am neuen Dienstort waren glücklich: „Endlich eine Dienststelle, auf der es nicht stinkt!“

Die Mietverhandlungen für eine neues Gebäude des Polizei-Bezirksrevieres Rendsburg wurden zwischenzeitlich erfolgreich geführt, die Kolleginnen und Kollegen fanden in Rendsburg, Helgoländer Straße, ein wunderbares, neues Dienstgebäude. Eine sehr schnelle und gute Lösung!

Da es im vergangenen Jahr auch in Kiel bei der Polizeistation Hassee eine Asbestproblematik gab, bei Abrissarbeiten des maroden Gebäudes wurde Asbest festgestellt, entschlossen sich die gut zusammenwirkenden Regionalgruppen Kiel-Plön und SH Mitte zu einer gemeinsamen Informationsveranstaltung am Donnerstag, 14. April 2011, um 15 Uhr, im Rendsburger Kulturzentrum. Zielgruppe waren verunsicherte Kolleginnen und Kollegen, die auf Polizeidienststellen arbeiten oder gearbeitet haben, in denen gesundheitsgefährdende Schadstoffe festgestellt wurden!

Asbest und Schimmel bei der Polizei – was nun?

Als Referenten konnten die Rechtsanwältin Uta Scheel und Dr. Hermann Kruse, Institut für Toxikologie und Pharmakologie für Naturwissenschaften der Uni-

Fortsetzung auf Seite 6



Fortsetzung von Seite 5

versität Kiel gewonnen werden. Die Regionalgruppenvorsitzenden Karl-Hermann Bruhn und Torsten Jäger berichteten zunächst über die aktuelle Situation in Rendsburg, Kiel und Neumünster.

Frau Scheel berichtete über Inhalte, Fristen und Rechtsprechung im Zusammenhang mit dem Versorgungsrecht. Es ist schwierig in der bestehenden Rechtslage, eine durch die Schadstoffe entstehende Erkrankung als Dienstanfall oder Berufskrankheit anerkannt zu bekommen. Es muss dabei gelingen, die Kausalität nachzuweisen, Fristen müssen eingehalten werden. Und selbst dann bleibt es schwierig, aber nicht hoffnungslos!

Frau Scheel rät Kolleginnen und Kollegen (Beschäftigten und Beamten):

Die angebotenen Untersuchungen beim Betriebsmediziner sollten unbedingt wahrgenommen und die Dokumentation in die Personalakte aufgenommen werden – dieses ist ein notwendiger



Schritt der Beweissicherung (ist nicht die Anzeige eines Dienstanfalls!)

Sollten Erkrankung auftreten (auch sehr viel später), die mit der Schadstoffbelastung in Verbindung stehen **könnten**, sollten die Betroffenen diesen „Dienstanfall“ sofort schriftlich melden. Nur so können versorgungsrechtliche und ggf. zivilrechtliche Chancen gewahrt werden.

Die GdP wird einen entsprechenden Anzeigevordruck für die Mitglieder zur Verfügung stellen. Dieses wird in Absprache mit dem Landespolizeiamt geschehen. Dabei soll versucht werden, die Gefahr einer Nichtanerkennung von Dienstanfällen aufgrund der **aktuellen** Rechtslage durch das Ruhenlassen von Verfahren zu minimieren (hier wird nachberichtet!).

Dr. Kruse betonte in einem lebhaften und sehr anschaulichen Vortrag die Wichtigkeit einer genauen gutachterli-

chen Dokumentation. An die Beweissicherung sind höchste Ansprüche zu stellen, um eine Chance auf Kausalitätsnachweis zu erhalten! Hier gehört auch die regelmäßige Wahrnehmung angebotener betriebsmedizinischer Untersuchungen dazu!

Schimmel habe nachweislich gesundheitliche Auswirkungen, die aber nach Beseitigung der Ursachen reversibel sein können.

Auch Gerüche können gesundheitliche Schädigungen hervorrufen.

Die Kolibakterienverunreinigung beim 1. Polizeirevier Neumünster bezeichnet er als einmalig in seiner Laufbahn.

Die gemessenen Werte von Asbestfasern in der Raumluft des Polizei-Bezirksrevieres in Rendsburg beschreibt er als **extremen, gefährlichen Wert!**

Fazit der Veranstaltung:

Die Polizei braucht saubere, einwandfreie und nicht gesundheitsgefährdende Arbeitsplätze

Schimmel, Gerüche und Kolibakterien machen krank, Asbest ist hochgefährlich – das Verlassen der Dienststellen ist richtig und aus Fürsorgegesichtspunkten zwingend!

Es sind hohe Anforderungen an die Beweissicherung zu stellen, zusätzliche Gutachten sind ggf. vorsorglich zu erstellen.

Im Erkrankungsfall sollten durch Betroffene und Vorgesetzte Dienstanfallverfahren eingeleitet werden – die GdP wird dabei ihre Mitglieder unterstützen!

Der Gesetzgeber muss das Versorgungsrecht ändern – Beweislastumkehr,

Fristenverlängerung seien zwei Stichworte – Kolleginnen und Kollegen sowie deren Hinterbliebene sind für solche Extremfälle versorgungsrechtlich abzuzichern!

Die Presse war auch bei dieser Veranstaltung vertreten und berichtete über Inhalte und Fazit!

Torsten Jäger
Vorsitzender GdP-Regionalgruppe SH Mitte

Anzeige

Städtereise St. Petersburg

Verschiedene Termine –
z. B. 9. 2. 2012

Leistungen: Lufthansa-Linienflug nach St. Petersburg und zurück, Flughafensteuern, Landes- und Sicherheitsgebühren, Luftverkehrssteuer, ÖPNV-Coupon, Transfers inklusive Gepäckbeförderung, 4 Nächte im Mittelklasse-Hotel inkl. Frühstück, örtliche, deutschsprachige Reiseleitung, Informationsmaterial, Reiseführer, Insolvenzversicherung, fakultatives Ausflugspaket.
Pro Person im DZ ab **499 €**

Auch Kripo zog aus

Neumünster – Nachdem das gesamte 1. Polizeirevier Neumünster einige Wochen zuvor wegen baubedingter Mängel und Renovierungsarbeiten im Dienstgebäude in der Parkstraße 27 in die Altonaer Straße umzogen war, verließen Ende Mai auch alle Mitarbeiter der Kriminalpolizeistelle Neumünster ihre dienstliche Unterkunft. Der Grund: Bei einem Großteil der 36 Kripo-Beamten und -Angestellten hatten sich gesundheitliche Beeinträchtigungen eingestellt. In enger Abstimmung mit dem Arbeitsmediziner entschied die Behördenleitung, sofort die Arbeit der Kripo in den belasteten Räumen einstellen zu lassen und den Umzug der Beschäftigten in Räumlichkeiten in der Alemannenstraße 14 bis 18 oder in der Altonaer Straße 101 zu organisieren und diese auf die unterschiedlichen Gebäude der dortigen Liegenschaften zu verteilen.

Die GdP-Regionalgruppe Schleswig-Holstein Mitte würdigte das entschlossene Handeln der PD Neumünster und forderte, von einer Rückkehr der Polizei in die Parkstraße Abstand zu nehmen.



Silvester 2011 in Halle ★★★★★

Mit PSW-Reisen in die Stadt Händels und Genschers
Sonderreise vom 29. Dezember 2011 bis 2. Januar 2012

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab
€ 499,-

Silvester 2011: Endlich wieder eine PSW-eigene Silvester-Reise! Es geht nach Halle, der Geburtsstadt des berühmten Komponisten Georg-Friedrich Händel und auch des früheren deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher. Die erste urkundliche Erwähnung ist datiert auf das Jahr 806 n. Chr. Die Einwohnerzahl der Stadt überschritt 1890 die Grenze von 100.000, wodurch Halle zur Großstadt wurde. Als einzige deutsche Großstadt mit mehr als 200.000 Einwohnern hat Halle den Zweiten Weltkrieg fast unbeschadet überstanden, sodass ihr städtebaulicher Charakter unter den deutschen Großstädten als einzigartig erhalten blieb.

Das Hotel: Das 4-Sterne-Dorint-Hotel "Charlottenhof" Superior im Zentrum von Halle, in parkähnlicher Umgebung am Rande der Fußgängerzone, bietet gute Voraussetzungen für erlebnisreiche Tage. Allein schon das inkludierte abwechslungsreiche Programm bietet Gewähr für eine außergewöhnliche Reise.

Quelle / Fotos: <http://hotel-halle-saale.dorint.com>

Anmeldeschluss: 30. Oktober 2011 / **Mindestteilnehmerzahl:** 38 Personen im Bus / Änderungen im Programm vorbehalten

Unsere Leistungen:

- Hin- und Rückreise im Reisebus der Komfortklasse ab / bis Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen
- 4 Übernachtungen im Doppelzimmer im ★★★★★ Dorint-Hotel "Charlottenhof" Superior
- 4 x Frühstücksbüfett
- 1 x Begrüßungscocktail am Anreisetag
- 4 x Abendessen unter verschiedenen Motti
- 1 x Silvesterrevue „Die letzte Nacht des Jahres“ in der Konzerthalle
- 1 x Neujahrskonzert in der Oper
- Silvesterempfang mit Galamenu am 31.12.2011
- Stadtrundfahrt, Ausflüge und Führungen in Halle
- PSW-Reiseleitung

Beschreibung	pro Person
Doppelzimmer	499,- Euro
Zuschlag Einzelzimmer	+ 40,- Euro

Preise für Kinder auf Anfrage

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-silvester.de

Christmas-Shopping in New York

Unterbringung im Doppelzimmer p. P. ab
€ 899,-

PSW-Termin: 09. bis 14. Dezember 2011 ab / bis Hamburg

New York City ist eine Stadt voller Kontraste, die ihr Gesicht von Tag zu Tag ändert und Ihnen immer wieder neue Perspektiven, Ausblicke und Überraschungen bereiten wird. NY - The City that never sleeps...

09.12. Anreise nach New York

10.12. Eindrücke von Manhattan - Am Vormittag beginnt Ihre ca. 4-stündige Panoramastadtrundfahrt zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten von Manhattan (fakultativ). Es erwarten Sie Highlights wie das Rockefeller Center, der Broadway, die 5th Avenue oder z. B. der Central Park, grüne Oase mitten in der City.

11.12. New York - Nutzen Sie den freien Tag und erledigen Ihre Weihnachtseinkäufe direkt in New York City, das bereits weihnachtlich geschmückt ist.

12.12. New York - Heute haben Sie Gelegenheit, die „Stadt, die niemals schläft“ auf eigene Faust zu erkunden. Statten Sie dem Guggenheim oder dem Museum of Modern Art einen Besuch ab. Spazieren Sie durch den Central Park oder tauchen Sie ein in die Vielfalt der Stadt bei einem Besuch von Chinatown oder Little Italy. Ihre Reiseleitung gibt Ihnen gern Tipps für den Tag!

13.12. Heimreise - Nutzen Sie die Zeit bis zum Flughafentransfer nach Ihren eigenen Vorstellungen. Am Abend Rückflug nach Hamburg über Frankfurt.

14.12. Heimreise - Ankunft in Hamburg

Eingeschlossene Leistungen:

- Lufthansa-Linienflüge ab / bis Hamburg nach Newark (New Jersey) / von John F. Kennedy (New York)
- Luftverkehrsabgabe, Flughafen- und Flugsicherheitsgebühren
- aktueller Kerosinzuschlag (Stand April 2011)
- Flughafentransfers in bequemen Reisebussen
- 4 Übernachtungen im **Holiday Inn Hasbrouck Heights** (New Jersey) Zimmer mit Bad oder Dusche/WC
- Gebeco-Städtereiseleitung
- Zug zum Flug (2. Klasse)
- Gebeco-Informationsmaterial mit Reiseführer
- PSW-Reisebegleitung

Städtereise ab / bis Hamburg	pro Person ab
Im Doppelzimmer	899,- Euro
Einzelzimmerzuschlag	365,- Euro
Aufpreis 4 x Frühstück (optional)	60,- Euro
Stadtrundfahrt (optional)	45,- Euro

PSW-Reisen

Schleswig-Holstein GmbH

Weitere Informationen und Anmeldungen

PSW-Reisen Kiel
Max-Giese-Straße 22
24116 Kiel
Telefon 0431 - 17093
Telefax 0431 - 17092
psw-reisen.kiel@t-online.de

PSW-Reisen Lübeck
Hans-Böckler-Straße 2
23560 Lübeck
Telefon 0451 - 5021736
Telefax 0451 - 5021758
psw-reisen.luebeck@t-online.de

www.psw-tours.de

Allgemeine Hinweise: Mindestteilnehmerzahl 20 Personen. **Veranstalter:** Gebeco GmbH & Co KG, Holzkoppelweg 18, 24118 Kiel
Es gelten die Reisebedingungen und Hinweise der Gebeco GmbH. **Änderung, Irrtum und Zwischenverkauf bleibt vorbehalten.**

Und was sonst noch so war ...

5. Mai

Schleswig-Holstein beabsichtigt, ein neues Untersuchungshaftgesetz zu verabschieden. Der Entwurf ist uns zur Stellungnahme zugeleitet. Thorsten Schwarzstock für die Regionalgruppe Justizvollzug begrüßt die Absicht, die bisherige Vorschrift „Untersuchungshaftvollzugsordnung“ durch ein Gesetz zu ändern und damit eine einheitliche und rechtlich saubere Grundlage zu finden. Grundsätzlich wird der Entwurf begrüßt. Aber auch das gehört zur Wahrheit: Wer einen vernünftigen Untersuchungshaftvollzug will (es gilt ja die Unschuldvermutung), muss ausreichend und angemessenes Personal zur Verfügung stellen.

11. Mai

Aus einer Personalratsinfo: Trinken, bevor der Durst kommt. Der Mensch besteht zu etwa 60% aus Wasser. Jeden Tag verlieren wir über Atmung, Haut und Urin etwa 2 bis 2,5 l Flüssigkeit. Diese müssen ersetzt werden, um nicht auszutrocknen und Schadstoffe aus dem Körper zu spülen. Nicht mehr als zwei oder drei Tassen Kaffee, vor allem kein Alkohol, dafür aber Mineralwasser, Fruchtsaftschorlen und Fruchttete.

15. Mai



Zum 4. Mal findet an diesem Sonntag das Fahr- und Sicherheitstraining für Motorradfahrer und Motorradfahrerinnen auf dem ADAC-Verkehrübungsplatz Kiel-Boksee statt. Trainer ist Jens Pfeifer, ein Fahrlehrer von der Firma „Die Fahrtrainer“. Das Training ist (wieder einmal) überbucht. Trotzdem konnten wir 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer berücksichtigen. Mehr geht auch nicht, weil dann die Kapazität des Platzes erschöpft wäre und die Qualität leiden würde. Positive Resonanz von verschiedenen

Teilnehmern: „Lehrreich“ und „Viel Spaß“, „Tolles Training“, „Gute Organisation“, „Professionelle Durchführung“, „Spitzenmäßig“.

17. Mai

Gerd Seier aus Husum unterrichtet uns darüber, dass hinsichtlich des Selbsthalts in der Beihilfe das Finanzverwaltungsamt nunmehr entsprechende Widersprüche vor Klageeinreichung ruhend stellt. In mehreren Verfahren werden jetzt musterhaft vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig die Ansätze des Haushaltgesetzes 2011 und 2012 rechtlich überprüft und dabei insbesondere die Frage geklärt, ob die unterschiedliche Behandlung von aktiven und passiven Beamten dem Gleichheitsgrundsatz entspricht. Das Verfahren führt die GdP-Vertragsanwältin Uta Scheel.

20. Mai

In einem Umlaufverfahren erhalten wir Kenntnis von einer Zufriedenheitsstudie bei der Bundespolizei. Befragt wurden 4753 Beschäftigte. Von ihnen sagten drei Viertel, dass ihre Arbeitsbelastung hoch oder sehr hoch sei. Gerade die Wochenenddienste, Mehrarbeit und Schichtdienst sowie längerfristige Abordnungen in andere Behörden oder Regionen seien die ausschlaggebenden Punkte. Ein großes Problem stellen darüber hinaus die Beförderungsbedingungen dar. In der eigenen Laufbahn betrachte diese nicht einmal jeder Zehnte als gut oder sehr gut. Prof. Strohmeier von der Universität Chemnitz, der die Untersuchung durchgeführt hat, sprach von einer „Großbaustelle Bundespolizei“.

23. Mai

In einer gemeinsamen Pressemitteilung berichten DGB und DBB Hamburg von einem Teilerfolg. Am 5. Mai hatten die Organisationen ihre Mitglieder kurzfristig wegen beabsichtigter Kürzungen in der Besoldung, insbesondere beim Weihnachtsgeld, zu einer Demonstration aufgerufen. Der Kompromiss lautet jetzt, dass ein Weihnachtsgeld von 1000 € an die aktiven Beamten gezahlt wird. Pro Kind soll es 300 € extra geben.

25. Mai

Im Posteingang heute ein Schreiben eines Kollegen, der einen Unfall mit ei-

nem Dienst-Kfz hatte. GdP-Mitglieder sind auf besondere Weise geschützt. Im Beitrag enthalten ist eine Kfz-Regressversicherung, die immer dann leistet, wenn der Fahrer oder die Fahrerin wegen der Unfallfolgen durch den Dienstherrn in Regress genommen wird. Die Deckungssummen: 110 000 € für Personen-, 52 000 € für Sach- und 52 000 € für Vermögensschäden. Die GdP-Mitgliedschaft ist selbstverständlich Voraussetzung.

26. Mai

Aus Niedersachsen bekommen wir die Meldung, dass die dortige Landesregierung die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes im Landesrecht für Beamtinnen und Beamte umgesetzt hat. Es geht um den Verfall von Erholungsurlaub bei Krankheit. Die dortige Erholungsurlaubsverordnung sieht vor, dass dieser Urlaub im laufenden oder im folgenden Jahr genommen werden kann. Ungewöhnlich: Die Regelung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2009 in Kraft. Eine Kapitalisierung nicht genommenen Urlaubs ist offensichtlich nicht vorgesehen.

31. Mai

In der Juni-Ausgabe der Deutschen Polizei hatten wir einen Beitrag zum Thema „Schulden und Schuldenfalle“. Das Thema fällt mir schlagartig ein, als ich mir eine Aufstellung zeigen lasse, in der offene Beiträge von Mitgliedern aufgelistet sind. Dies ist meistens ein Indikator dafür, dass sich Einzelne finanziell übernommen haben. Unser Partner, die PSD-Bank, bietet eine spezielle Beratung für GdP-Mitglieder unter der Überschrift „Der Weg aus der Schuldenfalle“ an. Näheres wird diskret unter der Telefonnummer 08 00-9 82 51 25 besprochen.

9. Juni

14.00 Uhr – Sitzung des Geschäftsführenden Landesvorstandes. Wir diskutieren über eine Entscheidung des Amtsgerichts Elmshorn. Es hatte einen Beamten nach Einsatz von Pfefferspray wegen Körperverletzung zu 6300 € verurteilt. Wir waren uns einig, dass diese Entscheidung die Kollegen im Wach- und Wechseldienst betroffen macht und ein völlig falsches Signal darstellt. Über GdP-Rechtsschutz wird ein Revisionsverfahren beim Landgericht Itzehoe angestrebt.

